

Bundesamt für Migration
Fachbereich Recht
Frau Fabienne Baraga
Fabienne.Baraga@bfm.admin.ch

Bern, 3. August 2011

Anhörungsverfahren

Bericht über die Änderungen des Asylgesetzes im Rahmen einer Zusatzbotschaft zur Botschaft zur Änderung des Asylgesetzes vom 26. Mai 2010

Stellungnahme der Grünen Partei der Schweiz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Grüne Partei der Schweiz wurde nicht zur Anhörung eingeladen, möchte aber trotzdem Stellung beziehen. Es ist ihr ein grosses Anliegen, sich für ein Asylverfahren zu engagieren, in welchem die Grund- und Menschenrechte respektiert werden.

Allgemeine Bemerkung

Die Grünen bedauern, dass mit jeder Revision des Asylrechts neue Verschärfungen eingeführt werden. Es gab zudem keinen Grund für diese kurzfristige Hauruck-Übung. Zwar befürworten die Grünen die Beschleunigung des Asylverfahrens, denn Verfahren, die sich zu lange hinziehen, sind auch für die Asylsuchenden unzumutbar. Doch auch bei beschleunigten Verfahren müssen die Grund- und Menschenrechte eingehalten werden.

Das Verfahren sollte unabhängig von den aktuellen migrationspolitischen und weitgehend populistisch gefärbten Diskussionen einzig die tatsächliche Situation in den Verfolgsstaaten berücksichtigen und über die Gesuche gemäss den Vorgaben des internationalen Flüchtlingsrechts entscheiden.

Die im Bericht vorgeschlagenen Handlungsoptionen sehen die Grünen kritisch. Der Bericht und folglich auch die Handlungsoptionen sind noch viel zu stark von der Ansicht geprägt, dass das Asylverfahren der Abwehr von Asylsuchenden dienen soll.

Bedenklich finden die Grünen insbesondere, dass auf die heute bestehende Voraussetzung der Notwendigkeit der Rechtsvertretung verzichtet werden soll. Das Recht auf Beschwerde ist ein durch die Bundesverfassung geschütztes Verfahrensrecht, das auch im Asylverfahren den Betroffenen offen stehen muss.

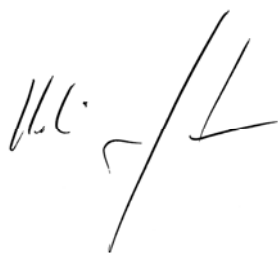
Die Grünen unterstützen die bisherige Praxis der Rechtsberatung. Es ist daher unverständlich, dass der Bund hier ein neues Konzept schaffen will, welches die bereits existierenden Strukturen gänzlich ausser Acht lässt.

In den Detailfragen schliesst sich die Grüne Partei der Stellungnahme der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) an, die zur Anhörung eingeladen worden war. Wir behalten uns jedoch vor, zu einem späterem Zeitpunkt ausführlicher Stellung zu beziehen.

Wir hoffen, dass Sie unsere Anmerkungen berücksichtigen werden.

Mit freundlichen Grüssen

Grüne Partei der Schweiz

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Ueli Leuenberger'.

Ueli Leuenberger

Präsident der Grünen Schweiz

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'C. Dobler'.

Corinne Dobler

Politische Sekretärin